

LOTHAR WIELAND

Fritz Küster und der Kampf der Deutschen Friedensgesellschaft in der Weimarer Republik

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Friedrich Wilhelm Foerster, der große Pädagoge und hellstichtige Warner vor dem deutschen Weg in die Katastrophe, fällt 1932 in der von ihm herausgegebenen Wochenschrift "Die Zeit" ein Urteil, das ich gerade heute angesichts der Tendenz, das "Dritte Reich" erneut aus der deutschen Geschichte der letzten 120 Jahre ausblenden zu wollen, für sehr aussagekräftig halte: "Hitler", so schrieb Foerster, "ist derjenige deutsche Mensch, der seinen ganzen Glauben, all sein Vertrauen, all seine Opferkraft vier Jahre lang in die deutsche Sache gesetzt, dafür im Schützengraben gelegen, Gas geschluckt, den Beruf verloren hat und für all dies Opfer nichts gewonnen hat als nationale Demütigung, Pflicht zu unabsehbarem Schadenersatz, Entlarvung des Staates von jedem Glanz und jeder Farbe, Verlust aller deutschen Auslandsstellungen, Verkürzung des Lebensraums für das deutsche Volk, Verdüsterung aller Lebenshorizonte". Derjenige deutsche Mensch, der dies alles erlebt, aber die Ursachen des Krieges und der Kriegsverlängerung sowie des Nachkriegselends richtig erkannt habe, sei leidenschaftlicher Pazifist auf Leben und Tod geworden. Derjenige deutsche Mensch und Kriegsteilnehmer aber, der all jene Ursachen und Wirkungen nicht richtig gedeutet habe, sondern der Lügenpropaganda zum Opfer gefallen sei, die sofort nach dem Kriege die Opfer des Verbrechens von der Fährte der Schuldigen ablenkte, der sei nun von rasender Wut gegen den

"Vernichtungswillen des Feindbundes", die "Schuldflüge", die "Novemberverbrecher" erfüllt worden.

Die Jahre des Weltkrieges nehmen in Foersters Interpretation eine entscheidende Rolle ein, sie geben den Menschen ihre Prägung, entscheiden über Bewußtseinshaltungen und politische Ansichten - der weitere Lebenslauf wird vorgeformt. Es genügt, an dieser Stelle die Biographien der Generäle von Schoenaich und Deimling in Erinnerung zu rufen, die sich unter der Einwirkung der Kriegsgeschehnisse zu überzeugten Pazifisten wandelten. Auf der anderen Seite bekräftigen die Karrieren eines Hitler, Göring, aber auch Ernst Jünger und anderer Foersters Urteil. Wir können also von einem pazifistischen und einem nationalistischen Kriegserlebnis sprechen, das den weiteren Lebensweg der betroffenen Menschen in hohem Maße bestimmt.

Fritz Küsters Kriegserlebnis im besonderen und das seiner Mitarbeiter im allgemeinen war pazifistischer Natur. Im Gegensatz zu denjenigen gesellschaftlichen Kräften, für die sich die Bestimmung des Menschen erst "in Stahlgewittern" realisierte, symbolisierte der Krieg für ihn nichts als organisierte Massenvernichtung, als Zerstörung zivilisatorischer Errungenschaften. Der Krieg war ein Rückfall in die Barbarei längst für überwunden gehaltener Zeiten. Der Haß auf den allzerstörenden Krieg verleitete Küster und seine Mitarbeiter jedoch nicht zu einem erkenntnishemmenden Fatalismus. Sie lehnten es ab, sich die nichtssagende, rein politischen Zielsetzungen dienliche Formel der Bolschewiki zu eigen zu machen, wonach der Kapitalismus den Krieg verursache. Sie wußten zu differenzieren, zu vergleichen, sie suchten die Wahrheit, sie stellten die Kriegsschuldfrage.

Küster kam aus der welfischen Bewegung und war deshalb schon antipreußisch eingestellt. Er verstand den Ersten Weltkrieg als Fortsetzung der preußischen Eroberungskriege von 1864, 1866 und 1870/71.

Spätestens nach der Verletzung der belgischen Neutralität durch das Deutsche Reich war Küster davon überzeugt, daß Deutschland einen Angriffskrieg führe. Er erkannte, daß die Behauptung, Deutschland sei von den Mächten der Entente überfallen worden, eine Lüge war. In der Folgezeit weigerte sich Küster, für die Kriegsanleihen zu zeichnen, was ihm eine Verwarnung durch seinen Arbeitgeber, die Reichsbahnbehörde Elberfeld, einbrachte. Damit befand er sich schon wenige Wochen nach Kriegsbeginn im Lager der Gegner der deutschen Kriegspolitik. Noch während des Krieges nahm er Kontakte zu anderen Oppositionellen auf. Er trat in Verbindung zu dem antipreußisch orientierten Kreis des Pfarrers Wilhelm Hopf in Hessen und zu exilierten deutschen Kriegsgegnern in der Schweiz, deren Sprachrohr die 1917 gegründete "Freie Zeitung" war.

Für Küster hat der 4. August 1914 eine überragende Bedeutung: er ist ein Schicksalstag des deutschen Volkes. Mit der Entscheidung, seine Nachbarn in West und Ost anzugreifen, habe Deutschland gegen die Errungenschaften des zivilisierten Europas verstoßen. Erst durch die Erkenntnis und das Bekenntnis der Schuld könne Deutschland wieder auf den rechten Weg gebracht werden. Voraussetzung für die Schaffung eines friedlichen Deutschland war demnach die Abkehr von der in Deutschland herrschenden kriegerischen Mentalität, war die moralische Reinigung. Dazu bedurfte es in erster Linie der Klärung der Kriegsschuldfrage und der Verurteilung derjenigen Personen, die für das Komplott von 1914 verantwortlich waren. So wird es verständlich, daß Küster, der sich 1918 enthusiastisch zur Revolution bekennt, der Politik des "Spartakus-Bundes" widerspricht. Revolution der Wahrheit, nicht soziale Revolution, lautet für ihn die Forderung der Stunde. Um der aus ihr hervorgehenden Staatsform, der ersten deutschen Republik, eine feste Basis zu geben, setzt sich Küster für den unwiderruflichen Bruch mit der Vergangenheit, mit den gestürzten Mächten des Halb-

solutismus ein, die den Krieg verursacht haben. Nur wenn die Schuld der alten Gewalten an dem Massenmorden des Weltkrieges schonungslos aufgedeckt werde, könne ein Wiedererstarken der reaktionären Kräfte verhindert werden. Damit unterstützte Küster eine politische Strategie, die zwischen 1918 und 1920 von entschiedenen Pazifisten wie Georg Friedrich Nicolai, Helmut von Gerlach oder Hans Paasche, aber auch von unabhängigen Sozialdemokraten wie Eduard Bernstein, Karl Kautsky oder Kurt Eisner vertreten wurde.

Küsters Haltung in der Kriegsschuldfrage prägt die Position, die der Westdeutsche Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft und das "Andere Deutschland"* als dessen Organ hierzu einnehmen werden. In der Berichterstattung des pazifistischen Blattes wird die Frage der Schuld an der Auslösung des Ersten Weltkrieges den zentralen Platz erhalten, von wo aus sich alle Stellungnahmen zur deutschen Außen- und Innenpolitik ableiten lassen. Schon 1924 schreibt ein Funktionär der DFG im "Pazifist", dem Vorläufer des "AD": "Die Kriegsschuldfrage muß geklärt werden! Sie muß bis ins kleinste Detail diskutiert werden und zwar nicht allein in jeder Ortsgruppe der Friedensgesellschaft, sondern sie muß vor dem ganzen deutschen Volk von neuem aufgerollt werden. Ohne objektive Klärung der Kriegsschuldfrage bzw. bei der einseitigen Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die deutsche offiziöse Presse ist Ruhe in Deutschland und Europa nicht zu erreichen und der nächste Krieg nur eine Frage der Zeit!" Indem Küster und seine Mitarbeiter der Kriegsschuldfrage eine derartige Bedeutung einräumten, waren alle Kontroversen mit politischen Gegnern oder auch Gleichgesinnten vorprogrammiert.

* Im Folgenden:
DFG für "Deutsche Friedensgesellschaft" und
AD für das "Andere Deutschland".

Die nicht nur von Küster, sondern auch von anderen pazifistischen Persönlichkeiten gestellte Forderung nach Abkehr vom bisherigen Weg verhallte ohne nennenswerte Wirkung. Das offizielle Deutschland leugnete aus unterschiedlichen Gründen die Schuld von 1914. Das Ergebnis der sich in Noske und seinen Freikorps manifestierenden Gewaltpolitik war eine Republik ohne Republikaner, ein Volksstaat ohne sozialen Inhalt. Im Schatten der zwischen linken und rechten Sozialdemokraten ausgefochtenen Kämpfe konnten sich diejenigen Kräfte konsolidieren, die eigentlich 1918 von der politischen Bühne Abschied hätten nehmen sollen. Sie waren nicht bereit, das Ergebnis des Ersten Weltkrieges - Republik und Versailler Vertrag - als Basis ihrer künftigen Politik zu akzeptieren. Sie strebten die Überwindung von Republik und Versailler System an. Angesichts der ungebrochenen militärstaatlichen Tradition, für die bereits der Kapp-Putsch mehr als ein Zeichen war, stellte sich für Küster und den radikalen Pazifismus die Aufgabe der Organisation des Anderen Deutschland, des Gegners von Militarismus und Nationalismus.

Küster steht stellvertretend für die Wandlung des Pazifismus seit 1914. Die deutsche Friedensbewegung nach 1918 unterschied sich fundamental von dem Pazifismus der Vorkriegsjahre, der sein Hauptanliegen darin sah, Kriege durch die Einrichtung von internationalen Schiedsgerichten, durch den Abbau der "Anarchie der zwischenstaatlichen Beziehungen" und durch Abrüstung zu vermeiden. Der Weltkrieg machte das Scheitern dieser Politik evident. Um einen weiteren Krieg zu verhindern, bedurfte es anderer Mittel. Teile des Pazifismus erkannten während des Krieges die Notwendigkeit, einen Zugang zu den Volksmassen zu finden.

Da gleichzeitig die Sozialdemokratie ihre Abneigung gegenüber pazifistischen Friedenssicherungsstrategien ablegte, kam es zu einer Annäherung beider politischen Strömungen, die

sich Küster nach 1918 zunutze machte. Die Erfahrungen des Weltkrieges brachten ihn zu der Erkenntnis, daß das breite Volk für die Kriegsbekämpfung, für den Pazifismus zu mobilisieren sei. Die Massen sollten in den Entscheidungsprozeß über Krieg und Frieden einbezogen werden. Denn es waren die einfachen Leute, die zunächst, ob an der Front durch Waffeneinfluß oder zu Hause durch Lebensmittelknappheit, unter den Einwirkungen des Krieges zu leiden hatten. Sie galt es zu sensibilisieren, für die Friedenssicherung empfänglich zu machen. Der deutsche Nachkriegspazifismus nahm damit den Charakter einer Massenbewegung an, die allmählich auch soziale Forderungen in ihr Programm einbezog. Der Wandel vom elitären, individualistischen Honoratioren pazifismus der Vorkriegszeit, dem es fernlag, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse als kriegsfördernd zu kritisieren, zum radikalen Aktivismus war vollzogen. Der von Küster repräsentierte Pazifismus, die sogenannte "Hagener Richtung", stellte ein Primat der Innenpolitik auf: danach garantierte erst die vollständige Demokratisierung der Staaten, für die Westdeutschen zunächst Deutschlands, die Wiederholung von Kriegen.

Unter den veränderten Voraussetzungen bot es sich an, die vor allem sozialdemokratischen, aber auch linksliberal orientierten Bevölkerungsschichten für die Friedensbewegung zu gewinnen. 1919 machte sich Küster gemeinsam mit Friedrich Kayser im westdeutschen Industriegebiet, in dem die Sozialdemokratie traditionell stark, der Pazifismus jedoch schwach war, an diese Aufgabe. Im gleichen Jahr wurde die Hagener Ortsgruppe der DFG gegründet. Von Hagen i. Westfalen aus, seinem Wohnort und seiner Dienststelle, begann Küster mit der Verbreitung antimilitaristischen Denkens. Hagen wurde Sitz der Arbeitsgemeinschaft der südwestfälischen Ortsgruppen der DFG. Im August 1921 gehörten der Arbeitsgemeinschaft, zu deren Vorsitzenden Küster gewählt wurde, sechs Ortsgruppen an. Sie hatte den Zweck,

die verschiedenen Ortsgruppen zu gemeinsamer Propagandatätigkeit zusammenzufassen. Der Koordination des antimilitaristischen Kampfes diente auch die Gründung eines von den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft obligatorisch zu beziehenden Nachrichtenblattes. Das politische Ziel, das sich das neue Blatt, der "Pazifist", setzte, war die "Einheitsfront aller ehrlichen Friedenskämpfer, ohne Unterschied der Partei oder der Religion, gegen Imperialismus, Chauvinismus und Militarismus: für Wahrheit, Freiheit und Weltfrieden!" Nicht Klassenkampf, sondern Einheitsfront gegen die in Deutschland nach wie vor starken imperialistischen und militaristischen Kräfte. Was nach 1918 in fahrlässiger Weise versäumt worden war, sollte durch eine Sammlungsbewegung der friedliebenden und republikanisch gesinnten Menschen doch noch erreicht werden: Bruch mit der militärstaatlichen Tradition, die unter dem Deckmantel der Republik in der Reichswehr, der Justiz und der Bürokratie weiterlebte. Dem "Deutschland der Anderen", das die "Idee von 1914" weitertrug und die 1918 geschaffenen Verhältnisse zu revidieren gedachte, war das "Andere Deutschland" entgegenzustellen: das Deutschland, das sich von dem 1871 mit "Blut und Eisen" gegründeten Bismarckreich distanzierte, um in Anknüpfung an 1848 und 1789 ein neues demokratisches Deutschland ins Leben zu rufen. An die "Stelle der bisherigen Macht-vor-Recht-Politik sollte eine "Politik des Rechtes und der Gerechtigkeit" gesetzt werden.

Als Folge der unzähligen Aufklärungskampagnen, die Küster und seine Freunde 1923/24 im westdeutschen Raum starteten, gewann der Pazifismus stetig an Boden. Am 17. Februar 1924 wurde der Westdeutsche Landesverband der DFG gegründet, in dessen Vorstand August Bangel, Kayser und Küster gewählt wurden.

Aus der "Gesinnungsgemeinschaft" der Pazifisten von vor 1914 entstand die "Kampfgemeinschaft", deren Besonderheit

in einer neuen Organisationsstruktur und einer modifizierten Agitationsform lag. Während die Ortsgruppen der DFG bis dato lediglich lose Zusammenschlüsse von pazifistisch gesinnten Persönlichkeiten waren, organisierte Küster seinen Verband wie eine Partei - ein westdeutscher Pazifist hatte regelmäßige Mitgliedsbeiträge zu zahlen, mußte das Nachrichtenblatt abonnieren und an Schulungsvorträgen teilnehmen. Während der Pazifismus der Vorkriegszeit eine Honoratiorenbewegung war, deren Mitglieder sich aus der bürgerlichen Intelligenz rekrutierten, sprach der westdeutsche Pazifismus - wir hörten es bereits - das einfache Volk an - "10 Mann in jedem Dorf" hieß die neue Organisationsparole, Massenmobilisierung zur Sicherung des Friedens.

Der Pazifismus vor 1914 appellierte mit wohlformulierten Petitionen an die Vernunft, an das Gewissen, an das Verantwortungsgefühl der Regierungen. Ganz anders die Westdeutschen. Originalton das "Andere Deutschland" 1926:

"Wir heucheln keinen Respekt vor den deutschen Gewalten, bloß weil sie sich anders bewimpeln und in Ermangelung eines Monarchen sich republikanisch gebärden. Morgen wieder, wie 1914, werden sie uns auf das Feld von Ehre, Profit, Blut, Syphilis werfen. Wir warten nicht ab, - wir greifen an.

Monokelgesichter und ordensbehängene Kleiderständer klirren durch die Straßen, - wir ziehen ihnen die Peitsche des Hohnes durchs Gesicht! 'Stillgestanden!?' - Wir greifen an!"

Kampf, Angriff, Anklage - dieser Pazifismus ist aggressiv, bellizistisch, er argumentiert mit militärischen Begriffen, sucht die Offensive und vertraut nur auf seine eigene Kraft. Um der deutschen Kriegerkaste das Spiel zu verderben, forderte Foerster "eine 'Kriegerkaste' von Friedensmännern mit harten Knochen und mit hartem Willen, eine ganz kleine Minorität von unbeugsamen Menschen", die dem Volk die kompromißlose Wahrheit über die Ziele des deutschen Re-

visionismus verkündete. Eine Radikalität des Denkens offenbart sich hier, die nicht vor unbequemen Konsequenzen zurückschreckt. Die Verlautbarungen der Regierung werden auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft. Halten sie der rationalen Begründbarkeit nicht stand, entlarven sie sich als Mittel der Irreführung, werden sie schonungslos in der Öffentlichkeit kritisiert. Küster und die Westdeutschen ließen sich nicht abspeisen. Die oberste Pflicht des Politikers lag für sie darin, nach der "großen Zeit der Lüge" nun der Wahrheit zu dienen. Deutlich wird, in welcher Traditionslinie die Westdeutschen sich bewegten. Wahrheit, Recht, Freiheit und Weltfrieden sind die Postulate und Ideen der europäischen Aufklärung. Gehofft wurde, daß sich Vernunft, Wahrheit und Recht in Deutschland doch durchsetzen würden, wenn man sagte, "was zu sagen bitter not tat": "Wir sind der Meinung, daß gerade in Zeiten der Not das Volk erhöhtes Recht hat, die volle Wahrheit zu erfahren, und daß, wenn ein Volk wirklich eine gerechte Sache verfißt, es in keiner Weise die Wahrheit zu scheuen braucht." Küster und seine Mitstreiter, vor allem der Leitartikler des "Pazifist", der Sozialdemokrat Heinrich Ströbel, waren überzeugt, daß den verhängnisvollen Parolen der Völkischen nur in der öffentlichen Konfrontation ihre Wirkung genommen werden könne. "Aufklärung an der Basis über die Politik des deutschen Nationalismus seit 1914" hieß ihre Leitlinie. In öffentlicher Disputation sollte dem Volk verdeutlicht werden, daß keineswegs die ehemaligen Ententestaaten, wie es die offizielle deutsche Propaganda darzustellen pflegte, an dem Elend des deutschen Volkes schuld seien, sondern diejenigen deutschen Machteliten, die es 1914 zum Krieg kommen ließen und die selbst nach 1918 nicht entmachtet worden waren.

Welche sonstigen Mittel gedachte der WLV (Westdeutscher Landesverband) anzuwenden, um den Frieden der Zwischenkriegszeit zu sichern? "Die Größe der Gefahr, die Brutalität der Militaristen, die Gleichgültigkeit großer Teile

der Völker", so erklärte der Sozialdemokrat Gerhart Seger 1927, zwingen die Westdeutschen "zu den radikalsten Maßnahmen". Hierzu zählte man die Kriegsdienstverweigerung und den Generalstreik. Die 1927 im Kreis Zwickau und im westdeutschen Raum durchgeführte Ponsonby-Aktion war keine platonische Stellungnahme gegen den Krieg, sondern, wie Seger verdeutlichte, "die Verpflichtung zum aktiven Kampf gegen den Krieg durch die Auflehnung gegen den Massenmord anordnenden Staat". Die Pazifisten wollten die Menschen nicht nur darüber aufklären, daß Kriege eine unsittliche Sache darstellten, und wie sie in Zukunft zu überwinden seien, sondern sie wollten den Menschen rechtzeitig demonstrieren, welche Parole bei einer aktuellen Kriegsgefahr ausgegeben würde.

Doch KDV (Kriegsdienstverweigerung) und Generalstreik stellten lediglich eine ultima ratio dar. Das unmittelbarste Ziel sahen die Westdeutschen in der Überwindung der militärstaatlichen Tradition Deutschlands, in der Aufgabe des Macht- zugunsten des Rechtsprinzips. Entsagten Deutschlands führende Eliten dem Gewaltglauben, dann, so hofften Küster und seine Freunde, sei ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Völkerverständigung getan.

Agitation, Kriegsdienstverweigerung, Generalstreik - widersprach der westdeutsche Pazifismus in der Praxis nicht doch seinem Postulat der Gewaltfreiheit, beantwortete er die sich bis zum Fememord steigende Gewaltpolitik von rechts nicht doch mit einer spezifischen Art der Gegengewalt? Keineswegs. Zwar ist es richtig, daß sich die Westdeutschen, die ja in ihrer Mehrheit der SPD angehörten, zum Prinzip des Klassenkampfes bekannten. Doch dieser Klassenkampf war spezifischer Natur; er schloß die Gewaltanwendung aus. Er schien den Westdeutschen gerade dann am wirksamsten zu sein, wenn er auf geistige Waffen und wirtschaftliche Mittel zurückgriff. Nicht die Faust, sondern das Gehirn entschied

somit über den gesellschaftlichen Fortschritt. Gerade im Prozeß der friedlichen Umgestaltung des herrschenden Systems, einer Grundbedingung der Friedenssicherung, hatte das Prinzip des geistigen Klassenkampfes seine Gültigkeit. Die Analyse der Wirtschafts- und politischen Verhältnisse, die Aufklärung der Arbeiterschaft und aller progressiven Gruppen des Bürgertums über diese Verhältnisse mit dem Ziel der friedlichen Durchsetzung der sozialen Demokratie, das entsprach Küsters Definition des Begriffs Klassenkampf.

Diese Ausführungen, meine Damen und Herren, machen uns klar, daß das Verhältnis der Westdeutschen zu den konservativen Parteien einschließlich der DVP, die mit dem Mittel der Unschuldpropaganda die ideologische Aufrüstung des deutschen Volkes betrieben, denkbar schlecht war. Aber auch die Beziehungen zu den republikanischen Parteien, die es aus unterschiedlichen Gründen unterließen, die Sünden der alten Machthaber aufzudecken, waren keineswegs spannungsfrei. Mit der SPD verband den Westdeutschen Landesverband kritische Solidarität schon allein aus dem Grunde, weil die Basis der Pazifisten sich aus Sozialdemokraten rekrutierte. Doch immer wieder kam es zu Konflikten, die in erster Linie eine Folge der von den Sozialdemokraten eingeschlagenen Militärpolitik waren. Die SPD verstand sich als staatstragende Partei, sie hatte an der Wiege der Republik gestanden und sah diese Republik, vor allem Preußen, auch als ihren Staat an, dem zum Schutz gegen äußere Aggressoren eine Militärmacht zu geben war. Doch indem sie dieser Reichswehr, der Keimzelle antirepublikanischer Zielsetzungen, jährlich die geforderten Mittel bewilligte, förderte sie - subjektiv sicher ungewollt - objektiv ihre eigene Entmachtung. Während die SPD um die Republikanisierung der Reichswehr kämpfte, lehnte der WLW diese Armee ab. Klarsichtig stellte Heinrich Ströbel 1927 fest, daß die Reichswehr "immer mehr das Werkzeug der deutschen Reaktion, der deutschen Militär- und Adelskaste" geworden

sei. An seine eigene Partei gerichtet, erklärte er, daß es "eine unbegreifliche Selbsttäuschung" sei, wenn man sich einbilde, den "in der Reichswehr verkörperten deutschen Militarismus dadurch seines antidemokratischen und antipazifistischen Charakters" zu entkleiden, "daß man ihn streichelt und ihm nach Möglichkeit zuwillen ist".

Bis 1928 konnte das Verhältnis zur SPD einigermaßen stabil gehalten werden. Doch mit der Entscheidung des sozialdemokratisch beherrschten Kabinetts Hermann Müller, entgegen anders lautenden Wahlversprechungen den Panzerkreuzer A zu bauen, kam 1928 die Wende. Der WLW distanzierte sich von den "Panzerkreuzer-Sozialisten", weil er analog der Situation von vor 1914 in dem Beschluß den Beginn einer neuen Ära des Wettrüstens sah.

1928 befand sich der Westdeutsche Landesverband der DFG auf dem Höhepunkt seines Einflusses auf die deutsche Friedensbewegung. Küster war seit 1927 gleichberechtigter Vorsitzender der DFG neben Quidde und Falkenberg; das 1925 in "Das Andere Deutschland" umbenannte Nachrichtenblatt stand 1928 mit einer Wochenaufgabe von 40 000 Exemplaren an der Spitze der vergleichsweise schwachen pazifistischen Presse. Der WLW war der mitgliederstärkste Verband der DFG; der sich anschickte, seinen Führungsanspruch, sein Organisationsmodell und seine Agitationsform in der DFG durchzusetzen. 1929 war es dann soweit.

In der historischen Forschung wird häufig in Anknüpfung an Aussagen Kurt Hillers Küster persönliche Eitelkeit, hemmungsloses Machtstreben und skrupellose Demagogie unterstellt, worin dann folgerichtig der Grund für die Spaltung der DFG nach 1929 gesehen wird. Nun ist es zweifellos richtig, daß Küster ein streitbarer, ehrgeiziger Charakter war, der keinem Problem aus dem Weg ging und sicherlich mit seinem Engagement auch so manches Mal übers Ziel hinausschoß. Er besaß eine genaue Vorstellung von dem, was

er wollte, was er für richtig hielt im Namen des Friedens. Tatkräftig und sicherlich auch kompromißlos verfolgte er die anvisierten Ziele. Da gab es keinen Raum für Kompromisse, für vorsichtiges Taktieren. Wenn überhaupt, dann ist hier Kritik an Küster zu üben. Doch diese nicht zu verleugnende Resolutheit erklärt sich m.E. nur im Zusammenhang mit der Gefahr für den Weltfrieden, die Küster und die Westdeutschen erkannt hatten. Dem von ihnen ausgemachten Militarismus, der mit großem Geschick an der ideologischen Demontage der Republik arbeitete, mußte ein ebenso entschlossener Kontrahent gegenüberstehen. Nicht die Lauheit, Verzagtheit, Tatenlosigkeit der republikanischen Parteien war gefragt, nicht die Kompromißfreudigkeit eines Ludwig Quidde oder Hans Wehberg, sondern der kämpferische Aktivismus der Westdeutschen. Die Geschichte - und das scheint mir das Entscheidende zu sein - hat Küster und den Westdeutschen recht gegeben.

Diese Einstellung verleitete indessen keineswegs zu ungerechtfertigter Selbstüberschätzung. "Wer siegen wird", urteilte das "Andere Deutschland" 1927, "Ihr oder wir, weiß niemand. Wir sind erst im Anmarsch. Schimpft nur, ruft nach dem Staatsanwalt. Wir sehen uns an und lachen. Und marschieren weiter. Vielleicht seid Ihr die Stärkeren. Man wird ja sehn. Aber sicher ist, daß Euch zum nächsten 1914 manche Überraschung bevorsteht. Ihr könnt Euch darauf verlassen."

Die Entscheidung darüber, wer der Stärkere war - Pazifismus oder Nationalismus -, sollte sehr schnell und sehr eindeutig fallen. Die von den Westdeutschen angekündigte Überraschung mußte dabei entfallen, und zwar aus Gründen, die kaum jemand voraussagen konnte. Denn wer rechnete schon damit, daß der an die Macht gelangte Nationalsozialismus mit einer derartigen Rigorosität gegen Nonkonformisten vorgehen würde, daß an eine Opposition, wie sie

die Westdeutschen ins Auge gefaßt hatten, nicht zu denken war. Wie keine andere Bewegung gewann der Westdeutsche Pazifismus schon sehr früh ein klares Bild über die Triebkräfte der faschistischen Bewegung. Sie resultierten nicht aus wirtschaftlichen Zwängen, sondern waren eindeutig politischer Natur. Die stärksten Wurzeln des Nationalsozialismus erkannte Küster im kriegerischen Machtgeist, im Geist Treitschkes und der Alldeutschen, der weite Volksmassen erobert habe und auch noch nach 1918 beherrsche.

Wie der Kampf gegen den Nationalsozialismus zu führen war, das hatte der westdeutsche Pazifismus schon 1924 demonstriert, als sich die völkische Bewegung nach der Ruhr-Okkupation schlagartig ausbreitete. Die von den Westdeutschen entworfene Taktik bestand darin, unter der Parole "Hakenkreuz und Stahlhelm sind Deutschlands Untergang" Versammlungen abzuhalten, zu denen die "Revanchepolitiker aller Spielarten" eingeladen wurden, um Rede und Antwort zu stehen. Die geschulten Redner des WLV besaßen nun die Möglichkeit, die Demagogie der Völkischen vor dem Publikum zu entlarven. Hier zeigt sich die Stärke der Westdeutschen, die gar nicht dem Bild entsprechen, das man sich gemeinhin von Pazifisten macht. Nur auf die Überzeugungskraft ihrer Argumente bauend, traten sie dem politischen Gegner offensiv entgegen in der Hoffnung, die anwesenden Menschen schließlich für sich zu gewinnen. Und die Pazifisten des WLV hatten Erfolg - im Gefolge ihrer Aufklärungsmaßnahmen konnten unzählige neue Ortsgruppen gegründet werden. Im Juni 1924 notierte die Deutsche Liga für Menschenrechte: "Durch die in die Hunderte gehenden Vorträge von Küster und anderen wird nachweisbar die deutsch-völkische Bewegung zurückgedrängt." Das Jahr 1924 symbolisiert damit den Beginn des antifaschistischen Kampfes in Deutschland.

1929 nahm die DFG, nun unter westdeutscher Führung, die Bekämpfung der nazistischen Bewegung wieder auf, die zwischen 1925 und 1928, als der Nationalsozialismus zur Bedeutungslosigkeit verurteilt war, anderen tagespolitischen Problemen gewichen war. Während die SPD mit dem Beginn der Tolerierung in die Defensive gedrängt wurde, ging die DFG mit aller Macht gegen die Gefahr von rechts vor. Auf Versammlungstourneen, die die pazifistischen Redner in alle Bereiche Deutschlands führten, prangerte sie Brüning's steuerpolitische und soziale Unvernunft mit ihren katastrophalen Folgen für Deutschland an, kritisierte die deutsche Aufrüstung und geißelte die zunehmend offensive Außenpolitik. Die Erfolge dieser Arbeit in Gebieten, die bisher nur von nationalistischen Agitatoren bereist worden waren, ließen nicht auf sich warten.

Die DFG unter Küsters Führung entfernte sich mit der von ihr eingeschlagenen offensiven Taktik immer mehr von der Linie, die die SPD trotz sichtlichem Unbehagen einhielt. Um Mißverständnissen vorzubeugen - Sozialdemokraten und Pazifisten waren sich in dem Ziel ihrer Politik einig: der Sicherung der Republik. Doch, so ist zu fragen, wie sollte diese Aufgabe gelingen, wenn man im Rahmen der Tolerierungspolitik republikanische Errungenschaften Stück für Stück preisgab? Je größer der Gegensatz zwischen SPD und DFG wurde, desto stärker mußte die SPD die Friedensgesellschaft als Konkurrenz empfinden. Zwar war das Verhältnis zwischen beiden Organisationen - wie wir sahen - schon immer gespannt gewesen. Doch nun lagerten sich als Folge der divergierenden Taktiken Konfliktstoffe an, die unter den Bedingungen der sich zuspitzenden Krise zum offenen Schlagabtausch führen sollten und im Unvereinbarkeitsbeschluß vom September 1931 mündeten.

Der verbreiteten Ansicht, die DFG habe sich nach 1929 so radikalisiert, daß sie in die gesellschaftliche Isolation geriet,

muß widersprochen werden. Es waren die großen republikanischen Parteien, die nach rechts abwanderten, weil sie nur durch Anpassung an das politische Klima ihre Stellung zu behaupten glaubten. Die DFG dagegen beharrte auf ihrer entschiedenen republikanischen Haltung und erschien nun im Gesamtspektrum der Parteien als radikalisiert. Zweifel erscheinen auch gegenüber der Ansicht geboten, daß der Sieg des WLV innerhalb der DFG Mitgliederverluste zur Folge gehabt habe. Wohl ist es richtig, daß die DFG unter Küsters Führung zahlreiche Mitglieder aus dem gemäßigten Pazifismus verlor, die sich den neu gegründeten Friedensvereinen anschlossen. Diese Verluste dürften jedoch - wie den Mitteilungen des Verbandsorgans zu entnehmen ist - mehr als wettgemacht worden sein durch den Gewinn neuer Mitglieder. Allerdings ist es äußerst schwer, hier verlässliches Zahlenmaterial vorzulegen. Einen fühlbaren Einbruch erlitt die DFG zweifellos nach der Verhängung des Unvereinbarkeitsbeschlusses der SPD, durch den die Pazifisten die Unterstützung derjenigen Partei verloren, aus der sie die Mehrheit ihrer Mitglieder bezogen. Erneut wird das Dilemma sichtbar, vor dem der entschiedene Pazifismus in der Endphase der Republik stand - paßte er sich der Tolerierungspolitik an, so wurde der Widerstand gegen die Unterwanderung der Republik aufgegeben; setzte er seine bedingungslose Agitation fort, so entfremdete er sich von den republikanischen Parteien.

*

Obwohl Küster und die DFG ihren Kampf auch nach dem Unvereinbarkeitsbeschuß unverdrossen fortsetzten, war die Entscheidung bereits gefallen. In der Erkenntnis dieses Umstandes setzte sich Heinrich Ströbel schon 1932 ins Ausland ab. Am 8. Januar 1932 wurde das "Andere Deutschland" erstmalig verboten - von einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten; weitere Verbote folgten. Nach dem Reichs-

tagsbrand erfolgte die Zerschlagung der DFG. Küster wurde verhaftet und mußte über 5 Jahre in Gefängnissen und KZ's um sein Leben bangen.

War der Kampf Küsters und der Westdeutschen, für ein gewaltfreies, demokratisches Deutschland, so wäre abschließend zu fragen, umsonst, ohne Gewinn, ohne Erfolg? Angesichts der Gewalttaten, die der Nationalsozialismus nach 1933 in Deutschland und anderen Ländern verübte, scheint man auf den ersten Blick geneigt zu sein, diese Frage zu bejahen. Doch eine solche Antwort bliebe oberflächlich und träfe nicht den Kern des Problems. Geschichte und Geschichtsschreibung hängen stets mit dem Standort des Betrachters zusammen. Aus der Geschichte ziehe ich Konsequenzen und Lehren für die Gegenwart. Da heutzutage der Versuch unternommen wird, die deutsche Geschichte im konservativen Sinne zu funktionalisieren, halte ich die Erinnerung an republikanische Traditionen nicht nur für notwendig, sondern auch für lebenswichtig. Eine Staatsform kann sich nur dann als Republik legitimieren, wenn sie ihren Psychohaushalt aus dem Andenken an republikanische Tugenden speist. In diesem Sinne ist es mehr als verdienstvoll, hier in Oldenburg an einen der entschiedensten Republikaner und Pazifisten zu erinnern, den Deutschland hatte.

"In seiner Vollständigkeit", so urteilte Hein Herbers 1966, "kann ich den Pazifisten und Kämpfer Fritz Küster nur mit Friedrich Wilhelm Foerster und Kurt Tucholsky vergleichen. Wie Foerster in einer höchsten Form das Gewissen und die Würde des deutschen Volkes verkörperte, wie Tucholsky mit seinen nimmer fehlenden Waffen gegen den geschwellenen, dummen Hochmut der deutschen Herrensicht und die sklavische Unterwürfigkeit der deutschen Untertanen der wahre Gegenspieler des deutschen Ungeistes war, so war Fritz Küster der Vertreter jener anonymen Masse der anständigen 'kleinen Leute', die mit nüchternem, gesunden

Menschenverstand, mit hartnäckiger Überzeugung meinen, daß Recht Recht 'bliewen mot' - erfüllt von der tiefen, tiefen Sehnsucht nicht immer nur in einem Kriege oder auf der bitteren Scheide einer Nachkriegs- und einer Vorkriegszeit zu vegetieren, sondern ganz einfach nur zu leben und den Pflug durch das Land ziehen zu können."